

Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv, BfHo / Die PARTEI und Ratsgruppen FDP, HAK, DIE LINKE

Fraktionen und Ratsgruppen, Rathausstraße 11. 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

- im Hause -

Hagen, 23.03.2023

Beschlussvorschlag: Top I.5.1: Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen im Rahmen einer Katzenschutzverordnung, Rat 22.03.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 16 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20. Mai 2021 stellen wir für die Ratssitzung am 22.03.2023 folgenden Beschlussvorschlag zu Top I.5.1:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung verfolgt die Prüfung zur Einführung einer Katzenschutzverordnung nicht weiter. Der vorliegende Antrag gilt damit als erledigt.

Begründung:

Das Thema wurde in der Vergangenheit mehrfach und ausführlich in den politischen Gremien beraten, zuletzt im Jahr 2018. Damals bestand Einigkeit, dass die Einführung einer Katzenschutzverordnung und deren Durchsetzung nicht nur einen hohen Verwaltungs- und Kontrollaufwand erfordert, sondern auch rechtlich nicht unkritisch ist. Mit Blick auf die Einführung einer solchen Satzung in einigen Städten hatte der Umweltausschuss am 19.06.2018 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Entwicklungen um die Essener Satzung weiter zu verfolgen und darüber zu berichten. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, Kontakt zum Hagener Tierschutzverein aufzunehmen um Möglichkeiten einer 'Hagener Lösung' zu erörtern. Die Verwaltung wird dazu im Herbst des Jahres Bericht erstatten.“

Im Ergebnis dieser Prüfung hat der Umweltausschuss am 20.03.2019 folgenden Beschluss, einstimmig und mit der Stimme der AfD, gefasst:

„Der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität beschließt, die ehrenamtlichen Katzenkastrationsaktionen des Tierschutzvereins Hagen bis zur Hälfte der dem Verein dadurch entstehenden Kosten mit maximal 15.000 Euro jährlich zu unterstützen. Die

Finanzierung wird aus Spenden und Erbschaften an das Tierheim, zunächst befristet für die Jahre 2019 und 2020, erfolgen.“

Die Verwaltung selbst hat damals in der Vorlage 0038/2019 ein umfangreiches Prüfergebnis vorgestellt, welches die befürchteten organisatorischen und rechtlichen Probleme erneut untermauerte. Die Unterstützung des Tierheims in dieser Problematik wurde nach Kenntnis der Antragsteller auch über den im Beschluss genannten Zeitraum fortgesetzt.

Aus Sicht der Antragsteller hat sich die Situation seit 2009 nicht fundamental geändert. Die Antragsteller schlagen daher vor dem Hintergrund der vielen wichtigen anstehenden Aufgaben vor, das Umweltamt von einem erneuten umfangreichen Prüfprozess zu entlasten.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Klepper

Vorsitzender CDU-Fraktion

Claus Rudel

Vorsitzender SPD-Fraktion

Jörg Fritzsche

Sprecher Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Josef Bücker

Vorsitzender Fraktion Hagen Aktiv

Frank Schmidt

Vorsitzender Fraktion BfHo / Die PARTEI

Claus Thielmann

Sprecher Ratsgruppe FDP

Ömer Oral

Sprecher Ratsgruppe HAK

Ingo Hentschel

Sprecher Ratsgruppe DIE LINKE